

Pressemitteilung

**„Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden“ begrüßt
Mainzer Stadtratsbeschluss zum ADD-Entscheid**

Mainz / Wiesbaden, 12.02.2009: „Wir freuen uns sehr darüber, dass es den Kraftwerksgegnern im Mainzer Stadtrat gestern gelungen ist, eine weitere wirksame Maßnahme gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerkes umzusetzen.“ so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses zu dem Beschluss des Stadtrates, gegen den ADD-Entscheid zu klagen. „Anders als die Befürworter des Kraftwerkes im Mainzer Stadtrates meinen, handelt es sich bei diesem Beschluss nicht um bloße politische Rechthaberei. Mit dem Erlass des Vorbescheides der SGD-Süd zu Gunsten der KMW ist so lange nichts endgültig entschieden, wie der Vorbescheid nicht rechtskräftig geworden ist, was wir durch Widerspruch und Klage gegen den Vorbescheid zu verhindern wissen.“

Oliver Sucher (SPD) hatte in der Debatte zu dem Stadtratsbeschluss behauptet, die Klage des Stadtrates gegen die ADD käme zu spät, da die SGD-Süd bereits über den Kraftwerksbau per Vorbescheid entschieden habe. „Dies ist schlicht falsch und entspricht allenfalls dem juristischen Wunschdenken der Kraftwerksbefürworter. Wir werden nicht müde zu betonen, dass mit dem Vorbescheid der SGD-Süd keine endgültige Entscheidung und schon gar kein Baurecht für die KMW AG vorliegt“, so Marc Legg weiter.

Umso wichtiger hält das Bündnis nun ein abgestimmtes Vorgehen zwischen den verschiedenen Verfahren gegen ADD einerseits und SGD-Süd andererseits und kündigt weitere Gespräche mit den Verantwortlichen im Mainzer Stadtrat an.

Auch die seitens der Mainzer SPD immer wieder erhobene These, die Stadt Mainz müsse mit Schadensersatzforderungen rechnen, wenn es gelänge das Kraftwerk zu verhindern, hält das Bündnis so lange für Angstmache im politischen Diskurs, so lange die KMW sich weigert hier konkrete und belegte Zahlen auf den Tisch zu legen. „Vielmehr ist es doch so, dass die Kommunen Mainz und Wiesbaden als Träger der KMW AG sich bei der Umsetzung des Projektes der Gefahr eines enormen Schadens aussetzen. Immerhin sprechen wir hier von einem 1,2 Mrd. EUR Projekt.“, so Marc Legg. Die KMW AG ist bis jetzt jede Antwort schuldig geblieben, wie sie dieses Projekt mit einer Eigenkapitaldecke von gerade mal 360 Mio EUR und einem Jahresgewinnen von knapp 30 Mio EUR finanziell schultern will und wer ihr – gerade in diesen Zeiten – für ein solch gewagtes Projekt die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung stellen will.

„Hier wäre von Seiten des kommunalen Unternehmens KMW AG dringend mehr Transparenz geboten, um den politischen Entscheidungsträgern in den Stadtparlamenten eine vollständige Basis für ihr Abstimmungsverhalten zu geben, anstatt ihnen über ihre Handlanger in der Mainzer SPD dumpf mit namentlicher Abstimmung und Amtshaftungsansprüchen zu drohen.“ so Marc Legg abschließend.